

Ökonomische Konferenzen gewissenhaft vorbereiten!

Ein sichtbares Zeichen der raschen Aufwärtsentwicklung unserer volkseigenen Betriebe ist ihre ununterbrochen wachsende Akkumulation. 1949 kamen nur 2,9 Prozent der Einnahmen unseres Staatshaushaltes aus dem sozialistischen Wirtschaftssektor. 1956 waren es bereits 54,6 Prozent, und 1957 sollen es 57,6 Prozent werden. Auf diesen Erfolg können auch unsere Parteiorganisationen mit Recht stolz sein. Ihre vielseitige agitatorische, propagandistische und organisatorische Arbeit schuf dafür die Voraussetzung. Diese Arbeit darf nicht nachlassen, sondern muß immer wirkungsvoller werden. Deshalb dürfen zum Beispiel solche bewährten Methoden der Parteiarbeit, wie die ökonomischen Konferenzen, nicht vernachlässigt werden.

Die Parteileitungen der Betriebe müssen es verstehen, den Inhalt der ökonomischen Konferenzen den höheren Aufgaben anzupassen und zu verbessern. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber bei einigen Parteiorganisationen sieht es in der Praxis anders aus. Deutlich zeigt sich das seit Dezember des vergangenen Jahres. Als es galt, die Einführung der 45-Stunden-Woche vorzubereiten, handelten viele Parteiorganisationen nicht so, wie es das Politbüro gefordert hat, nämlich durch gut vorbereitete ökonomische Konferenzen die dazu notwendigen technisch-organisatorischen Maßnahmen festzulegen und durchzuführen.

Natürlich gibt es auch eine Reihe guter Beispiele. Gut arbeiteten zum Beispiel die Parteiorganisationen der volkseigenen Betriebe Wälzlager Fraureuth, Gaselan Fürstenwalde, Simson Suhl, RAW Zwickau u. a. Sie hatten Ende 1956 ökonomische Konferenzen durchgeführt und auf diesen ein reales Programm für die Sicherung der Planerfüllung im Jahre 1957 beschlossen. Diese Arbeit hat reiche Früchte getragen. Bei der Einführung der 45-Stunden-Woche benötigten diese Belegschaften fast keine finanziellen Mittel für Lohnausgleich. So betrug zum Beispiel im VEB Wälzlager Fraureuth der Lohnausgleich für Leistungslöhner im Januar nur 2,27 Prozent und sank bis März auf 0,8 Prozent. Im Automobilwerk Zwickau, das am 1. März zur 45-Stunden-Woche übergang, brauchten in diesem Monat nur 427 DM Lohnausgleich gezahlt zu werden. Dieser sank dann im Mai bis auf 36 DM und fiel im Juni ganz weg.

In vielen Betrieben fanden aber die ökonomischen Konferenzen zu spät statt, und in 24 Prozent der zentralgeleiteten Betriebe wurden bis Ende April überhaupt keine abgehalten. Ist es aber nicht so, daß sie in allen Betrieben nötig waren und noch nötig sind? Lassen wir Tatsachen sprechen. Die Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ und das Stickstoffwerk Piesteritz gehören zu diesen Betrieben, in denen keine ökonomischen Konferenzen zur Vorbereitung der 45-Stunden-Woche stattfanden. Aber im März 1957 wurde erheblicher Lohnausgleich an die Leistungslöhner gezahlt (im Stickstoffwerk an 44,2 Prozent und in den Leuna-Werken an 90,4 Prozent).